



vlbs aktuell

Jahrgang 45
2023

Organ des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (vlbs) im dbb

SONDERAUSGABE



Der vlbs fordert 10,5 %

Werden auch Sie mit dem vlbs aktiv bei der **Protestaktion** am **Montag, den 4. Dezember** in **Mainz!**

Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder - Sichtweise des vlbs (A. Cartarius)

In vielen Bereichen stimmen vlbs Rheinland-Pfalz und sein Dachverband dbb in den tariflichen Fragen zur Verhandlungssituation vollkommen überein.

Betrachtet man beispielsweise die wirtschaftliche Situation, so erfordert die Inflation einen realen Lohnzuwachs. Die Preisentwicklungen befinden sich auch weiterhin auf einem empfindlichen Niveau. So stieg der Verbraucherindex von Juli bis August 2023 um 6,1 Prozent. Gerade frische Produkte wie Obst und vor allem Gemüse sind davon betroffen. Die Preise im Bereich der Haushaltsenergie wie zum Beispiel bei Strom oder Gas stiegen im gleichen Zeitraum um 11,4 Prozent. Vor allem stimmt der vlbs mit dem dbb darin überein, dass die Löhne

angepasst werden müssen, denn diese steigenden Kosten beziehen sich nicht auf Wohlstandsartikel. Mit der Erhöhung der Energiekosten und den Nahrungsmittelpreisen betrifft dieser Anstieg alle im wesentlichen bei den Grundbedürfnissen.

Neben diesen steigenden Alltagskosten steigen zudem die Sozialversicherungsbeiträge. So sind zum ersten Juli 2023 die Beitragssätze zur sozialen Pflegeversicherung gestiegen, für die meisten Beamtinnen und Beamten steigen sie Anfang 2024. Ebenso betroffen sind die kinderlosen Kolleginnen und Kollegen, die einen zusätzlichen Beitragszuschlag zahlen. Zudem werden von der Bundesregierung bereits jetzt schon steigende Beiträge in der Krankenversicherung für

das Jahr 2024 angekündigt. Die private Wirtschaft zeigt zurzeit dem öffentlichen Dienst, was eine faire Entlohnung der Arbeitnehmer schafft bedeutet. Dort steigen die Gehälter erstmals wieder stärker als die Preise. Gerade für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes ist eine angemessene Lohnerhöhung wesentlich.

In dieser Ausgabe:

Titelseite bis Seite 2 • Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst der Länder - Sichtweise des vlbs • Regionalkonferenz Rheinland-Pfalz und Saarland
Seite 3 • Dienst- und Tarifrachtsseminar in Berlin • **IN KÜRZE**
Seite 4 • Protestaktion im September vor 20 Jahren - Ein Blick zurück
• Geplanter Ablauf der Demo

Hier darf der öffentliche Dienst und das Beamtentum der privaten Wirtschaft nicht hinterher hinken. Aus diesem Grund sieht der vlbs die vom dbb geforderte Erhöhung der Tabellenentgelte um 10,5 Prozent und mindestens um 500€ für mehr als gerechtfertigt an.

Ebenso nachvollziehbar ist für den vlbs die Erhöhung der Entgelte der Auszubildenden, Studierenden und Praktikantinnen und Praktikanten um 200€ monatlich. Neben einer gerechten Entlohnung spielen aber vor allem Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für den vlbs eine entscheidende Rolle. Eine faire und zielgerichtete Bildungspolitik mit zukunftsfähigen Formen der Digitalisierung sind notwendig, gerade in der beruflichen Bildung. Die damit einhergehenden Zusatzbelastungen müssen aber ausgeglichen werden.

Die Lehrerschaft in großen Bildungssystemen, wie der berufsbildenden Schule muss immer mehr zusätzliche Aufgaben erfüllen. Gerade im Bereich der Digitali-

sierung macht sich momentan der Fachkräftemangel an den Schulen bemerkbar.

Die Auslagerung der Administration der digitalen Verwaltung an die Schulträger führt oftmals dazu, dass unkomplizierte und schnelle Lösungen vor Ort gar nicht mehr möglich sind. Die bereits stark belasteten Schulleitungen werden durch die zusätzliche Kooperation mit den Trägern nun noch mehr gefordert.

Die Anforderungen, die an die berufliche Bildung gestellt werden, wachsen zudem. Der Umgang mit schulformübergreifenden digitalen Plattformen erfordert Zeit und zudem ordentliche Bedingungen zur Fort- und Weiterbildung. Nach Ansicht des vlbs spielt im Zuge des Fachkräftemangels die Berufsbildende Schule mit der Vielzahl an Ausbildungsmöglichkeiten eine besondere Rolle.

Das Lehramt berufsbildende Schule benötigt hier grundlegende Unterstützung, um die Qualität der beruflichen Bildung in der Fläche erhalten zu können. Die

inklusive Ansätze führen unter Berücksichtigung der Zuwanderung zu einer immer größeren Heterogenität an berufsbildenden Schulen. Viele Kolleginnen und Kollegen flüchten sich in Teilzeitmodelle, weil die Belastungen im schulischen Alltag nicht mehr leistbar sind. Hier ist der Arbeitgeber gefordert Unterrichtsformate zu entwickeln, die alltagstauglich sind!

Ein hochwertiger Unterricht in der berufsbildenden Schule, der im Zuge der enorm voranschreitenden Digitalisierung mit der Wirtschaft standhalten soll, den kann es nicht zum Nulltarif geben!

Hier fordert der vlbs die notwendige Wertschätzung. Dementsprechend müssen Rahmenbedingungen so angepasst werden, dass der Lehrberuf auch im Seiten- und Quereinstieg zukünftig attraktiv bleibt, ohne an Qualität einzubüßen.

Der vlbs wartet gespannt auf die Ergebnisse und befürwortet die Unterstützung bei Streik-Demos.

Regionalkonferenz Rheinland-Pfalz und Saarland in Mainz (A. Cartarius)



Lilli Lenz als Landesvorsitzende des dbb informiert die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über das geplante Vorhaben. Bildquelle: Nathalie Zimmermann

Bereits am 21. September 2023 lud der Deutsche Beamtenbund (dbb) als Dachverband alle rheinland-pfälzischen Mitgliederverbände und -gewerkschaften zu einer Regionalkonferenz nach Mainz ein, eine von 5 Veranstaltungen bundesweit.

Im Mittelpunkt stand die anstehende Einkommensrunde der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL).

Dem Ruf folgten die Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst in großer Zahl. Allein das spiegelt schon im Wesentlichen den Ernst der Lage wider. Der öffentliche Dienst ist nicht mehr konkurrenzfähig!

Gerade die zunehmende Arbeitsverdichtung auf Grund des Fachkräftemangels, sowie die Nachbesserung der Bezahlungsstandards in Zentrum der Diskussion.

Der Tarifchef Volker Geyer machte allen die überaus prekäre Situation deutlich.

„Die Vertreterinnen und Vertreter der TdL werden uns nichts schenken. Allein die rationalen Argumente, die für eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen sprechen, werden nicht ausreichen, um erfolgreich zu sein, so Geyer.

Auch Lilli Lenz als Landesvorsitzende des dbb Rheinland-Pfalz bekräftigte nochmals die Moral der rheinland-pfälzischen Verbände und Gewerkschaften, die in der Öffentlichkeit als starke Einheit auftreten.

„Auf uns in Rheinland-Pfalz ist dabei wie immer Verlass. Wir werden uns auch diesmal wieder auf allen Ebenen aktiv einbringen – von der Forderungsdiskussion über die Verhandlungen und mögliche Aktionen bis zur Umsetzung der Ergebnisse für alle Statusgruppen.



Ulrich Brenken macht in der Konferenz die Situation der Versorgungsempfänger deutlich. Bildquelle: Nathalie Zimmermann

Denn für uns als Landesbünde ist die Arbeit nach den Verhandlungen in Potsdam noch längst nicht getan“, so Lenz.

Von Seiten des vlbs nahmen neben unserem Landesgeschäftsführer Markus Perner auch unser ehemaliger Landesvorsitzender Ulrich Brenken an der Konferenz teil, der besonderes Augenmerk auf die möglichen Besoldungsanpassungen der Versorgungsempfänger legte.

Insgesamt nutzten alle Verbände und Gewerkschaften nochmals die Veranstaltung, um auf die Besonderheiten und Missstände ihrer Berufsgruppen aufmerksam zu machen.

IN KÜRZE (A. Cartarius)

Aktuell läuft die Tarifrunde für die Beschäftigten der Länder. Die Länder fungieren als Arbeitgeber und werden durch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) vertreten.

Die Verhandlungen werden auf Arbeitnehmerseite geführt mit der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), dem dbb beamtenbund und tarifunion sowie der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Die erste Verhandlungsrunde fand am 26. Oktober 2023 im Berlin statt. Eine weitere Verhandlungsrunde fand am 2./3. November 2023 in Potsdam statt. Eine weitere Runde ist für den 7./8. Dezember 2023 in Potsdam geplant.

Die Verhandlungen führt arbeitgeberseitig der Vorstand der TdL. Zu diesem gehören der Hamburger Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (Vorsitzender des Vorstands), der sächsische Staatsminister der Finanzen Hartmut Vorjohann (Erster Stellvertreter des Vorsitzenden) und die schleswig-holsteinische Finanzministerin Monika Heinold (Zweite Stellvertreterin des Vorsitzenden).

Quelle: Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Arbeitgebergemeinschaft der Bundesländer, Tarifrunde Beschäftigte öffentlicher Dienst der Länder 2023, 23.10.2023

Frage: Wen genau betrifft die Einkommensrunde?

Der TV-L ist ein Flächenvertrag zwischen Arbeitnehmern (dbb, Ver.di) und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Der Vertrag gilt für alle Arbeitenden, die in einem Arbeitsverhältnis zu einem Arbeitgeber stehen, der Mitglied der TdL ist.

Dies betrifft in Deutschland rund 3,5 Millionen Beschäftigte. Neben der allgemeinen Verwaltung gehören dazu unter anderem auch Erziehende und Lehrkräfte.

Auf die Beamtenschaft wirkt sich der Vertrag nur indirekt aus. Jedoch hat die rheinland-pfälzische Landesregierung die Übertragung des Tarifergebnisses sogar im Koalitionsvertrag verankert.

Beamtenbund und Tarifunion: Einkommensrunde 2023 Oktober spezial, Magazin zur Einkommensrunde mit den Ländern

Dienst- und Tarifrechtsseminar in Berlin

(A. Cartarius)



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars in der Diskussion mit dem online zugeschalteten Präsidenten des Deutschen Lehrerverbands (DL), Stefan Düll.

Mitte September lud der Landesverband der Lehrkräfte für Berufsbildung e.V. (BvLB) die Mitglieder der Fachausschüsse für Dienst- und Tarifrecht der 16 Bundesländer zu einem dreitägigen Seminar des deutschen Beamtenbundes (dbb) in die Landeshauptstadt ein.

Der vlbs Rheinland-Pfalz entsandte gleich zwei Teilnehmer zur Veranstaltung. Der Themenbereich Dienstrecht wurde vordergründig durch Andreas Hoffmann, den stellvertretenden Landesvorsitzenden und Bezirkspersonalratsvorsitzenden vertreten und für den tarifrechtlichen Teil nahm Andreas Cartarius an der Veranstaltung teil.

Thematisch ließ sich die Veranstaltung auf zwei größere Teilbereiche gliedern. Dienstrechtlich stand zunächst die geplante Lehrkräftearbeitszeiterfassung auf dem Prüfstand.

Ausgangspunkt bildete ein Gerichtsurteil des europäischen Gerichtshofs von 2019, welches die Verpflichtung der Einrichtung von Arbeitszeiterfassungssystemen der Arbeitgeber vorsieht.

Verschärft wird dienstrechtlich die Diskussion zudem durch ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 13. September 2022, welches durch den Beschluss in § 3 Abs. Nr. 1 ArbSchG den Arbeitgeber verpflichtet, den Beginn und das Ende der Arbeitszeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erfassen.

Berechtigterweise stellt sich hier die Frage der Realisierbarkeit im Lehrberuf. Was gilt als Dienstzeit und wie soll diese festgehalten werden?

Vor allem unter dem Gesichtspunkt der enormen Veränderungen der Tätigkeit, die das Lehramt zurzeit durchlebt und im Zuge des Belastungszuwachses drängt sich die Frage der Work-Life-Balance regelrecht auf.

Diesbezüglich ging es in die fachliche Diskussion mit dem ehemaligen Berliner Staatssekretär Mark Rackles, der in einer Studie mögliche Umgangsweisen zur Arbeitszeiterfassung entwickelt.



Der ehemalige Berliner Staatssekretär Mark Rackles in der Diskussion über die Möglichkeiten einer alternativen Lehrkräftearbeitszeiterfassung.

Auch wenn das bisherige Modell der Arbeitszeitberechnung nur geringe Differenzierungsmöglichkeiten bietet und eine Reihe von undefinierten Aufgaben für die Lehrkräfte bereithält, stellt sich die praktische Umsetzung einer alternativen Erfassung schwieriger dar als erwartet.

Ähnlich wie der Präsident des Deutschen Lehrerverbands (DL), Stefan Düll, der digital zur Diskussion hinzugeschaltet wurde, betrachtet auch der vlbs Rheinland-Pfalz entsprechende Entwicklungen skeptisch.

Klar ist, dass an den Rahmenbedingungen zur Abnahme der Arbeitsbelastung gearbeitet werden muss. Ob allerdings die stringente Erfassung der Arbeitszeit hier die Lösung darstellt, ist zu bezweifeln.

Tarifrechtlich knüpfte das Seminar an den Ergebnissen des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes an, der mit dem Schlichtungsergebnis die Länder zwar



Der Leiter des Geschäftsbereichs Tarif, Ulrich Hohndorf erläutert den Teilnehmerinnen und Teilnehmern das Ergebnis des TVöD.

nicht betrifft, allerdings für die kommenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder eine wesentliche Marschroute vorgibt.

In der Diskussion mit Ulrich Hohndorf als Leiter des tariflichen Geschäftsbereichs des dbb wurden hier nochmal die Vorstel-

lungen des dbb bezüglich der bevorstehenden Einkommensrunde diskutiert.

Ergänzt wurde das eigentliche Programm durch eine Besichtigung der Gedenkstätte Hohenschönhausen.

Besonders beeindruckt war die Delegation von der Führung durch das ehemalige DDR-Untersuchungsgefängnis für politische Gefangene.

Neben den fachlichen Aspekten eignete sich das Seminar zum bundesländerübergreifenden Austausch, der nochmals verdeutlichte, wie groß die bildungstechnischen Unterschiede in den einzelnen Ländern wirklich sind.

Protestaktion im September vor 20 Jahren - Ein Blick zurück (A. Cartarius)

Am 9. September vor 20 Jahren folgte der vlbs dem Aufruf des Deutschen Beamtenbundes (dbb) und zeigte Flagge vor dem Landtag in Mainz.

Hauptkritikpunkt damals war die Beamtenbesoldung, insbesondere die Kürzungen des Weihnachts- und Urlaubsgeldes. Ähnlich wie heute war auch im Vorfeld die Wut und die Verbitterung der

Kolleginnen und Kollegen der einzelnen Fachverbände deutlich zu spüren. Die damalige Landesvorsitzende des dbb Birgit Stopp berichtete über die gravierenden Einschnitte der Arbeitsbedingungen.

Insgesamt führten die Sparmaßnahmen im Beamtenum damals zu einem Sparvolumen von ca. 70 Millionen Euro.



Ulrich Brenken protestiert mit Willi Detempele (rechts im Bild), Gisela Wüsten (vlw) und Hans-Jürgen Herrmann gegen die Kürzungen der Beamtenbesoldung.

Wir fordern 10,5%

Werden auch Sie mit dem vlbs aktiv bei der **Protestaktion am Montag, den 4. Dezember in Mainz!**

Geplanter Ablauf der Demo:

08:00 bis 11:00 Uhr

Anreise der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Mainz (wahrscheinlicher Treffpunkt: Frauenlobplatz in der Neustadt (55118 Mainz) - Anfahrt am besten über Rheinallee und Frauenlobstraße)

12:00 bis 13:00 Uhr

Demo-Marsch durch die Mainzer Innenstadt (max. 2,7 km)

13:00 bis 14:30 Uhr

Kundgebung (Ernst-Ludwig-Platz im Regierungsviertel)



Im Oktober 2021 unterstützte der vlbs Rheinland-Pfalz die Kolleginnen und Kollegen aus Hessen bei der Durchsetzung ihrer Forderungen.

ca. 14:30 Uhr

Ende der Veranstaltung/Abreise

Aktuelle Informationen werden auf unserer Homepage im Vorfeld bekannt gegeben.

vlbs-aktuell

Herausgeber • Verband der Lehrerinnen & Lehrer an berufsbildenden Schulen Rheinland-Pfalz (vlbs) im DBB, Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz, Telefon 06131-612450, Fax 06131-616705, www.vlbs.org

Vorsitzender • Harry Wunschel, Etiennestraße 9, 67657 Kaiserslautern, Telefon 0631-97993, Harry.Wunschel@vlbs.org

Schriftleitung und Layout • Andreas Cartarius, Biewerer Straße 98a, 54293 Trier, Telefon 01758253378, Andreas.Cartarius@vlbs.org

Redaktionsschluss ist am 15. eines jeden Monats. Einsender von Berichten, Briefen u.Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht.

Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe zulässig. Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

vlbs-aktuell wird Klimaneutral gedruckt und erscheint grundsätzlich einmal im Monat. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.